

Dresdner Volkszeitung

Verlagsamt: Dresden
Raben & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Verlagsamt: Gebr. Schmidt, Dresden
und Köchische Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn mit den wöchentlichen Beilagen
„Nach der Arbeit“ und „Voll und Zeit“ für einen halben Monat 1 M.
Einzelnummer 10 Pf.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25261. Sprech-
stunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25261 und 12707.
Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 29 mm breite Komposition
30 Pf., die 90 mm breite Reklamseite 1,50 M., für auswärtige An-
zeigen 35 Pf. und 2 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietge-
bote 40 Pf. Rabatt. Für Beleglieferung 10 Pf.

Nr. 139

Dresden, Freitag den 18. Juni 1926

37. Jahrg.

Frauen an Frauen!

Wir bringen hier Stimmen zum Volksentscheid, die sich vor allem an die Frauen wenden und von Frauen stammen, die im öffentlichen Leben führend tätig sind und der Sozialdemokratie nicht angehören.

Sie wünschen einige Worte von mir über den Volksentscheid „vom Standpunkt der überparteilichen Frau“. Da möchte ich vor allen Dingen aus tiefstem Herzen den Wunsch ausdrücken, Deutschlands Frauen sollen am 20. Juni zur Urne schreiten mit dem Wahlspruch: „Wir kennen keine Parteien mehr, nur noch Deutsche“ (eine jugoslawisch-medienburgische Prinzessin, eine russische Großfürstin, eine holländische Schloßherren), nur noch ausgehungerte, enteignete Deutsche, die Hunger um ihr tägliches Brot kämpfen und aus Verzweiflung, wenn der Hunger mitleidig, in Scharen ihrem Leben ein Ende machen. Können doch die Gerechten, die auf Grund ihres gesunden Selbstgefühls den Fürsten heute Milliarden nachwerfen wollen, die tägliche Liste der „Selbstmorde aus wirtschaftlicher Not“ tief in ihr gerechtes Herz einschreiben, ebenso einige Zahlen aus Wonn- und Lebensluststatistik, aus der Streikverletzten- und -hinterbliebenenversorgung!

Sie dürfen, wenn Sie dann vielleicht doch der Entgegnung Ihre Stimme geben haben, ruhig schlafen: weder Wilhelm noch irgendein anderes Fürstentum ist von ihnen der Bettelstab gebracht worden. Die glatt und einfach eine Enteignung vor sich geben kann, haben wir doch noch der Inflation als Objekt Gelegenheit gehabt zu erleben: Mit einem Federstrich!

Die Bedeutung des Volksentscheids für unsere Innenpolitik ist schon heute sinntätig, die Rückwirkung auf das Ausland wird erst nach vollbrachter Tat fühlbar werden. Ein Mißerfolg des Volksentscheids bedeutet Wasser auf die Mühle der völkerverhetzenden Elemente aller Länder, die es immer so herrlich verstanden haben, aus allen Mitleidstropfen zu fangen! Frauen Deutschlands, stimmt am 20. Juni mit einem einmütigen Ja. Ihr habt dem Kaiser gegeben, was des Kaisers ist, jetzt gebt dem Volke, was des Volkes ist. Bekannt euch, ihr Mütter, schwer sollen eure Stimmen in die Wagschale — für Frieden und Recht!

Berta Kuczynski.

Jeder, der begriffen hat, welsch himmelstreichendes Unrecht es wäre, wenn den Fürstenforderungen auch nur zum kleinsten Teile entsprochen würde, muß für den Volksentscheid stimmen.

Jeder, der begriffen hat, daß es bei diesem Entscheid um Republik oder Monarchie geht, daß die ehemaligen Fürsten ohne die begehrten Milliarden ein Nichts, mit ihnen die Mächtigen kein werden, muß für den Volksentscheid stimmen.

Jeder, der den Frieden nach innen will, muß für den Volksentscheid stimmen, denn die siegreichen Fürsten werden unsere Todfeinde und an unsrer Verflechtung mehr denn je arbeiten.

Jeder, der den Frieden nach außen will, muß für den Volksentscheid stimmen, denn die siegreichen Fürsten werden uns dem Revanchefriede zutreiben. 20 Millionen „Ja“ bedeuten Frieden, bedeuten Freiheit.

Thea Perfluß.

Eines der größten psychologischen Mittel, die es für einen Menschen gibt, der die Jahre seit Kriegsbeginn mit offenen Augen, mit süßelnden Herzen und mit denkendem Kopf erlebt hat, ist die Tatsache, daß es noch Menschen geben kann, die für die Spargabe von Milliarden des Volksovernehmens an die verlassenen Fürstentümer eintreten. Es ist im öffentlichen Leben häufig Fälle, wo man auch den Feind achten kann, weil man auch in seinem Irrtum noch christliche Gesinnung spürt. Aber wie ist es in diesem Falle möglich, sich für die Vergabung des Volkes einzusetzen, wenn man Sinn für Gerechtigkeit, Teilnahme am Schicksal des ganzen Volkes irgendwie für sich in Anspruch nimmt? Die Gegner des Volksentscheids sprechen in ihrem Kampf von „Unrecht“, von „Raub“ an den Fürsten. Aber wo war das Unrecht und ihr Rechtsgefühl, als es sich um die Vergabung des ganzen Volkes — während des Krieges mit einem unermesslichen Glanz — und nach dem Kriege durch den ungeheuerlichen Betrug der Enteignung des Volkes durch die Inflation — handelte?

Man hat auch von der „Auswahlung niedrigerer Intelligenz“ gesprochen. Aber sind es denn in der Tat edle Intelligenz, die die Reichen noch immer reicher, die Armen aber noch immer ärmer machen wollen? Das übergehe, über das Eigentum wird immer zum Unrecht gegen die Allgemeinheit, weil es Tausende anderer Menschen verflacht, weil es den, der es besitzt, zum Mißbrauch verführt. In diesem Sinne handelt es sich aber in allen vorliegenden gar nicht um Privatbesitz, sondern nur um ein Leben genossenschaftlich, um Besitztümer, die mit der Stellung, die die Fürsten einnehmen, zusammenhängen, die mit dieser Stellung samen und mit dem Verlust dieser Stellung nun auch verflacht sind.

Ist der Gegensatz zwischen der Not des Volkes und den Forderungen der Fürsten nicht so bimmelschreiend, daß jeder schamrot werden müßte, der diese Forderungen zu unterstützen mag? Kann ein Staat, eine Regierung, die fallen blutes den Inflationärs an Millionen Menschen begangen hat, die 150 Milliarden Zwangsgelder vollständig enteignet hat — ja daß etwa dreihunderttausend Menschen aus Nahrungsfürsorge bis jetzt Selbstmord verüben mußten —, wirklich die Stirn haben, von „Raub“ zu sprechen, wenn der Allgemeinheit zurücksgegeben werden soll, was der Allgemeinheit gehört?

Dr. phil. Helene Stöder.

Die Abstimmung am 20. Juni ist ein Volksentscheid nicht nur über das Fürstentum, sondern weit mehr noch über sittliche und politische Reife des deutschen Volkes.

Niemand darf zurückschrecken. Jeder muß mit „Ja“ stimmen! Es gilt endlich aufzuräumen mit allen Ueberbleibseln sich duldenden Untertanengefühls und lafateubativen Senectus. Es gilt Sauberkeit, sittliche Lebenslust im neuen Hause freien Volkstums, es gilt den endgültigen Schluß zwischen Monarchie und Republik, es gilt unser Ansehen im Ausland, das immer noch nicht glaubt und glauben kann, daß das deutsche Volk sich vom Kaiserergötzen befreit hat, in selbstbewußter Würde über sich und über das Volksovermögen bestimmt.

Es ist Volksovermögen, dessen Herausgabe die Fürsten fordern, aus jahrhundertelanger Volkarbeit und Volks-tributen, Schweiß und Entbehrungen entstanden. Des Repräsentationsgedankens halber ward es den Herrschern ge- gönnt, es gehörte zu ihrem Amt, wie andre Staatsdiener mit Gütern belehnt wurden. Die Fürsten sind teils ihren Knechten und Pächtern entlaufen, teils sind die Knechte aufgehoben: die Lehnen fallen dem Staate anheim. Auf Fahnen- flucht steht nach Kriegsende der Tod, nach dem Geleis des Krieges, den die Fürsten angezettelt haben, durch den das Volk um Gut und Blut betrogen wurde. Verbilligung des Vermögens ist Gnade für die, die nach eigenem Richterpruch dem Tode verfallen wären.

Parteiliche Legitimisten widerstreben einer entschädigungslosen Enteignung. Warum schwingt der Einspruch der Parteilichen, als Millionen Volksgenossen entschädigungslos enteignet wurden? Als ihre Gelder für den Krieg, ihre Spargroschen fürs Alter null und nichtig gemacht wurden? Wollen die Parteilichen Entschädigung für ihre Fürsten, so entschädigt sie: tragt alle eure entwerteten Kriegsanleihen zu Kauf, werft ihnen die verfallenen Reichsbanknoten hin, für die das Kaiserreich bürgte.

500 000 Tote in den Wählerlisten

Das Statistische Reichsamt hat nach einer Meldung des demokratischen Zeitungsdienstes festgestellt, daß die Zahl der Wahlberechtigten höchstens auf 89 Millionen zu beschränken ist. Die vorgenommene Prüfung der Wählerlisten hat ergeben, daß in ihnen eine halbe Million Tote noch nicht ausgelesen waren. In Bremen wurden z. B. 13 v. d. Wahlberechtigte mehr in den Listen geführt, als nach Altersklassenstatistik überhaupt vorhanden sein können, und so ist es in vielen anderen Teilen. Es stellt die Säuberung der Listen überall vielfach durchgeführt wurde, ist zu bezweifeln. Jeder Tote, der noch in den Listen steht, zählt gegen den Volksentscheid, also für die Fürsten. Denn der Volksentscheid (sofern er als verfassungsändernd er- klärt wird) ist nur dann als beschloßen anzusehen, wenn über die Hälfte der eingetragenen Wähler mit Ja gestimmt haben, also in diesem Falle 19 1/2 Millionen. Eine halbe Million noch eingetragener Tote fordern weitere 200 000 Ja-Stimmen.

Der unmögliche Mann

D. Berlin, 18. Juni. (Eig. Zuspruch.) Der Reichs- fänger Mann hat am Donnerstag geruht, einem Presse- vertreter zu erklären, daß der Volksentscheid die Grundlagen des Reichstaates bedrohen würde. Das ist keine Neuigkeit, denn den gleichen Unfug hat der gleiche Reichsfänger schon wiederholt von sich gegeben. Aber daß er es fertig bringt, das, was ihm sein Staatssekretär in aller Form fertig ge- macht hat, nach den Anworten der Spargerverbände auf den Hindenburgbrief zu verpacken, ist doch ein starkes Stück. Den enteigneten Gläubigern und Sparern, die besser erkannt haben als alle Fürstendiener, um was es geht, will man sogar die Durchsicht ihrer Forderungen auf ver- fassungsmäßigem Wege verbieten, während den Fürsten Milliarden und aber Millionen auf Kosten der Steuerzahler nachgeschoben werden sollen.

Der neueste Akt des Reichsfängers ist jedenfalls auch ein Beweis dafür, daß dieser Mann nichts anderes als das

Vielmehr decken wir ihre Fürstenforderungen mit uniren
„entschädigungslos enteigneten“ Reichsbanknoten!

Anita Augsburg.

Daß es in Deutschland am 20. Juni zum Volks-
entscheid über Fürstenteignung kommt, ist nach meiner
Ueberzeugung die größte Schmach für die Fürsten. Es ist
aber auch gleichzeitig der eklanteste Beweis für den mora-
lischen Zusammenbruch deutscher Fürstengeschlechter. Sie
sind verkauft bis in die Knochen, es fehlt ihnen jeder Begriff
für Anstand, Menschlichkeit und Verantwortlichkeit.

Wohl wechseln Ansichten über Moral und Anstand im
Laufe der Jahrhunderte, aber die zur Zeit herrschenden Be-
griffe von Anstand, Menschlichkeit und Verantwortlichkeit
stellen an die Angehörigen eines konstitutionellen Staates
ausnahmslos die gleichen Forderungen. Das letzte Jahr-
zehnt hat der Waise deutscher Staatsangehörigen alles ge-
nommen, was sie an Fleiß und Arbeitskraft besaßen. Durch
Steuern und Arbeitszwang nahm der Staat, was er wollte.
Er enteignete, powerte das Volk aus, den Fürsten aber be-
lieh man ihre seit Jahrhunderten geraubten Besitztümer.
Und nicht einer unter ihnen fühlte die Verantwortlichkeit als
ein Glied des Volksganzen, freiwillig dem Staat zu geben,
was des Staates ist. Wir will scheinen, daß alle Stim-
berechtigten am 20. Juni, gleichviel welcher Partei oder
Weltanschauung sie angehören mögen, aus den elementarsten
Forderungen moralischer Sauberkeit und Gerechtigkeit mit
„Ja“ stimmen müssen.

Lida Gustava Senmann.

Der Volksentscheid vom 20. Juni 1926 bedeutet die
Entscheidung des deutschen Volkes über seine eigene Zukunft.
Nicht darum allein handelt es sich, die von den Fürsten ge-
forderten 2000 Mill. Mark Gold aufzubringen. Nein, es gilt
mehr! Es gilt den Bestand der Republik. Es gilt
ihre Ansehen im Ausland, ihr Ansehen als Demokratie, als
Friedensstaat.

Denn 2000 Millionen den deutschen Fürsten geben
heißt indirekt 2000 Millionen häufen zu den schon zu-
gegangenen 676 001 410 M. des Reichsmeisterts, heißt
Deutschland von neuem zu einem Militärstaat machen, dessen
gepanzerte Faust, dessen rasendes Schwert wieder dauernde
Friedensruhe über Europa bringen würden. 20 Millionen
Stimmen gegen die Fürstenforderungen bedeuten 20 Mil-
lionen Stimmen gegen den Krieg, für den Weltfrieden!

**Frauen! Auf euch kommt es an! Heraus
und an die Urne!**

Gertrud Paet.

Das Zentrum zerbricht Die Fürstenparole der Kirche zer Sprengt es

W. Sothum, 17. Juni. (Eig. Drahm.) Die Fürsten-
enteignung gewinnt im Industriegebiet täglich neue Freunde
innerhalb des Zentrums und die Erregung ist aufs höchste ge-
stiegen. Die Parteiliste ist so groß wie noch nie in der
Geschichte des Zentrums. In vielen Kirchen, wo der be-
kante Erlass der Bischöfe zur Verteilung gedruckt wurde, gab
es erhebliche Zwischenrufe, ein gewiß seltenes Ereignis.
Die christlichen Gewerkschaftszeitungen werden mit einem
Stempel versehen, der die Zentrumshänger auffordert, am
Sonntag zur Abstimmung zu gehen und mit Ja zu stimmen.
Die leider nicht sehr zahlreichen Demokraten haben eben-
falls einen Aufruf zugunsten der Fürstenabstimmung erlassen.

Der Prinz spendiert!

D. Berlin, 17. Juni. (Eig. Zuspruch.) Die alte Fama
meldet aus zuverlässiger Quelle, daß Prinz Oskar von
Bremen am Dienstag dem Parteibureau der Deutschen
Volkspartei zur Propaganda gegen die Fürstenteignung 300 000
Mark spendiert hat. Der Hofmarschall des
Prinzen (der arme „Prinz“ hat neben Zwanzig von Dienern,
Kameradern, Sekretären auch einen „Hofmarschall“) stellte gleich-
zeitig sein Auto zum Transport von Flugblättern zur Ver-
fügung.

Der Prinz Oskar ist nur einer von den vielen Zwanzig,
die das deutsche Volk als Adressaten erhalten muß. Die 20 000 M.,
die auch vom Volke kommen, sollen das zahlende Volk verdammen,
auf daß es die Enteignung ablehnt und für die Gerechtigkeit gebüh-
rlich weiter zahlt. Das gespendete Geld des Prinzen ist gleichsam die
Buckel, die er nach der Sprengung wirft.

Seite 12
bot.
el
Mantel
Qualität
L. Farben
50
r. 17
2 Pf.
5 Pf.
5 Pf.
5 Pf.